

## **Auszüge aus Vorträgen und Diskussionen**

### **2. Mitteldeutscher Wirtschaftstag 20. Mai 2009 in Erfurt**

#### **Deutschlands Mitte stärken – Mut zur Sozialen Marktwirtschaft**

##### **Eröffnung**

##### **Heinz-Jürgen Kronberg, Landesvorsitzender Thüringen**

Um die Bürger wieder für die Soziale Marktwirtschaft zu begeistern, sind grundlegende Entscheidungen notwendig, die viel Mut erfordern. Nicht nur infolge der Wirtschaftskrise, sondern auch aufgrund der größer werdenden Kluft zwischen Globalisierung und regionaler Verantwortung, brauche es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik und Wirtschaft.

Deutschland muss etwa stärker in Bildung investieren. Nur so können wir unsere Wirtschaft sicherer machen: Kopfarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Wertschöpfung. In der Energiepolitik sie entscheidend, den Ausstieg aus der Kernenergie zu erklären und Energieeffizienzmaßnahmen in privaten Haushalten und Unternehmen voranzutreiben. Deutschland braucht den Mut zur Sozialen Marktwirtschaft: Der Gesundheitsfonds passt nicht in unser marktwirtschaftliches System. Er muss zu einem wettbewerbsfähigen System umgebaut werden.

Die „rettende Hand des Staates“ – so sinnvoll und notwendig sie auch sein mag – darf in der Krise nicht als Allheilmittel missverstanden werden. Es muss unbedingt darauf geachtet werden, dass alle Maßnahmen nur temporär sind. Der Staat ist weder der bessere Unternehmer, noch der bessere Banker. Alle Unterstützung kann nur auf die Wiedererlangung der autarken Wirtschaftskraft der Unternehmen und Banken abzielen.

##### **Grußwort**

##### **Andreas Bausewein, Oberbürgermeister der Stadt Erfurt**

Wir müssen uns fragen, wie wir das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft wieder herstellen und wie wir die Krise am besten überwinden können. Die Menschen in Deutschland, Thüringen, Erfurt brauchen Arbeit – gut bezahlte Arbeit. Das löst viele sozialen Probleme. Erfurt ist infrastrukturell sehr gut aufgestellt mit den Autobahnen A4 und A71, dem modernen ICE-Bahnhof und seinem Flughafen. In der Landeshauptstadt sind viele kleine und mittlere Unternehmen angesiedelt, die rund 133.000 Arbeitsplätze repräsentieren – quer durch alle Branchen. Die Stadt belegt einen hervorragenden 2. Platz gemessen am sehr geringen Rückgang der Arbeitsplätze seit 1990. Die Wirtschaftsförderung ist sehr wichtig, deshalb zählt das direkte Gespräch mit den Unternehmern.

## **Wege aus der Krise – der Staat als Retter in der Not? Prof. Dr. Kurt J. Lauk, Präsident des Wirtschaftsrates**

Die Leistungsträger der Mittelschicht und des Mittelstands sind die tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Sie leiden unter der Krise ohne etwas dafür zu können. Besonders schwer betroffen ist der produzierende Bereich. Deshalb mehren sich die Stimmen derer, die meinen, dass die Soziale Marktwirtschaft nichts taugt. Dies darf sich nicht so weit entwickeln, dass unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gefährdet ist. Mit der Sozialen Marktwirtschaft werden wir die Krise meistern, wenn der Staat den Ordnungsrahmen richtig setzt. Wer für Freiheit ist, muss auch Hochs und Tiefs mitnehmen.

Wir stehen einem dramatischen Rückgang der Vermögenswerte, einem weltweiten Nachfrageeinbruch und einem nahezu zerfallenen Bankensystem gegenüber. Eine Untersuchung hat gezeigt, dass Staaten, die in eine länger andauernde Krise gegangen sind, mit einem Schuldenstand von 100 starteten und mit einem Schuldenstand von 186 wieder herauskamen. Übertragen auf die derzeitige Krise würde das für Deutschland bedeuten, dass wir mit 1,5 Billionen Euro in die Krise gegangen sind und mit 2,2 Billionen Euro Schulden wieder herauskommen. Die Hälfte dieser Wegstrecke liegt noch vor uns. Aber Deutschland wird mit einer veränderten Landschaft aus dieser Krise hervorgehen. Deshalb dürfen nicht bange sein.

Bei Forderungen nach mehr Protektionismus, Enteignung und der Umwandlung privater Unternehmen in Staatsbetriebe macht der Wirtschaftsrat nicht mit. Aber: Wir brauchen einen Ausgleich zwischen Markt und Ethik. Der Markt ist nicht schuld an der Krise, aber er hat ohne Regulierung keinen Bestand.

Der Wirtschaftsrat hat seine Vorschläge für die Wahlprogramme gemacht. Einiges davon wird in das Wahlprogramm der CDU einfließen. Besonders wichtig sind die Überarbeitung der krisenverschärfenden Vorschriften der Unternehmensteuerreform, ein Investitionsbeschleunigungsgesetz insbesondere für große Infrastrukturprojekte und eine Reform des Insolvenzrechts nach dem Vorbild des amerikanischen Chapter 11.

## **Freiheit und Verantwortung – Soziale Marktwirtschaft in der Bewährungsprobe Dieter Althaus, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen**

Wir dürfen die Soziale Marktwirtschaft nicht aufgeben. Sie hat uns stark gemacht und die Einheit Deutschlands ermöglicht. Die soziale Marktwirtschaft ist wichtiger denn je. Gleichzeitig verwies der Ministerpräsident darauf, dass die ökonomische Globalisierung einer aktiven Gestaltung bedürfe, um sie an die aktuellen Herausforderungen anzupassen. Seiner Meinung nach gibt die Soziale Marktwirtschaft dabei eindeutig die Richtung vor: Ihre „ordnungspolitische Klarheit und ethisch-moralische Verantwortung“ müsse die Grundlage für diese aktive Gestaltung sein.

Der Staat ist in der Pflicht die Folgen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise einzudämmen. Ihre Ursachen liegen in hemmungslosen Gewinnstreben und in einem offensichtlich unzureichenden Ordnungsrahmen. Der Staat muss gegensteuern, damit sich Verfehlungen nicht wiederholen. Die Lehre aus der Wirtschaftskrise heißt: Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir müssen die Krise als Chance nutzen, um am Ende gestärkt aus ihr hervorzugehen. Deshalb sollten wir uns konzentrieren auf die Bereiche Bildung und Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung, Familie und die Weiterentwicklung der von Produkten und Dienstleistungen. Hier dürfen wir nicht nachlassen, denn diese Fähig- und Fertigkeiten fließen in neue Produkte ein und sichern unsere Zukunft.

## **Podium I: Mittelstand entlasten – Konjunkturprogramm nutzen**

Unter der Moderation von Wolfgang Kenntemich, Chefredakteur des mdr-Fernsehens, diskutierten Dr. Ulrich Schröder, Vorsitzender des Vorstandes der KfW; Klaus Greger, Bereichsvorstand Mittelstand der HypoVereinsbank München; Matthias Wierlacher, Vorsitzender des Vorstandes der Thüringer Aufbaubank; Prof. Hans B. Bauernfeind, Vorsitzender des Vorstandes der Bauernfeind AG und Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera.

„Die KfW steht auch in den Zeiten der stärksten konjunkturellen Schwächephase seit Gründung der Bundesrepublik als verlässlicher Partner an der Seite der deutschen Wirtschaft“, versicherte Dr. Ulrich Schröder, Vorsitzender des Vorstandes der KfW. Das Bankinstitut stelle im Rahmen der Konjunkturmaßnahmen des Bundes in diesem und im nächsten Jahr Sonderprogramme mit einem Kreditvolumen von insgesamt 40 Milliarden Euro zur Verfügung. „Finanziert werden können damit sowohl Investitionen als auch Betriebsmittel“, unterstrich Schröder. Mittelständische Unternehmen mit bis zu 500 Millionen Euro Jahresumsatz können seiner Darstellung nach Kredite bis zu 50 Millionen Euro bekommen. Dabei übernehme die KfW bis zu 90 Prozent des Risikos, um so die Hausbanken eher dazu zu motivieren, die Finanzierungswünsche der Unternehmen mit zu tragen.

„Im europäischen Durchschnitt sind die deutschen Unternehmen mit nicht ausreichend Eigenkapital ausgestattet“, sagte Klaus Greger, Bereichsvorstand Mittelstand der HypoVereinsbank München. In der Krise würden Betriebe mit schlechten Bonitäten und geringen Sicherheiten auch über die KfW keinen Kredit bekommen. Schlechte Geschäftsmodelle würden insolvent. Für Unternehmen sei die Sicherung der Liquidität das A und O, weil die Dauer der Krise unklar sei. Entscheidend sei für sein Institut das Geschäftsmodell. Wenn das glaubhaft und erfolgversprechend ausfiele und das Unternehmen Sicherheiten anbieten könne, könnten auch neuen Kunden Kredite gewährt werden.

„In der Investitionsförderung sind die Anträge seit Beginn der Krise deutlich rückläufig“, sagte Matthias Wierlacher, Vorsitzender des Vorstandes der Thüringer Aufbaubank. Aber in der Technologieförderung hätten sich die Anträge verdreifacht. Dies wertete er als ein sehr positives Zeichen für die Zukunft.

„Auch in der Sozialen Marktwirtschaft sollte die Haftung hochgehalten werden. Zu diesem Prinzip der Haftung gilt es zurückzukehren“, forderte Prof. Hans B. Bauernfeind, Vorsitzender des Vorstandes der Bauernfeind AG und Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera.

„Als Mittelständler ist man gewohnt sich selbst zu helfen“, sagte Lutz Frischmann, Geschäftsführender Gesellschafter der Frischmann Kunststoffe GmbH. Und es sei für Unternehmen wie seines sehr schwer in diesen Zeiten Kredite zu bekommen, obwohl sein Geschäftsmodell nachweislich funktioniere. Er habe bei den Banken die Erfahrung gemacht, dass sie 1A-Sicherheiten forderten – das seien beispielsweise Bareinlagen. Wer die auf dem Konto hätte, bräuchte keinen Kredit.

## **Podium II: Bildung, Forschung, Innovation – Aufstiegschancen für alle**

Unter der Moderation von Heiner Tognino, Chef-Producer des mdr, diskutierten Dr. Detlev Thormeyer, Vorsitzender der Landesfachkommission Kultur, Bildung und Medien sowie Geschäftsführender Gesellschafter der WGP Werkzeugbau; Prof. Dr. Hermann Kühnle, Geschäftsführender Institutsleiter der Otto-von Guericke-Universität Magdeburg; Jürgen

Velde, Geschäftsführender Gesellschafter der Standardkessel Köthen GmbH und Klaus Wurpts, Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH.

„Das deutsche Bildungssystem muss mit mehr Vielfalt, Autonomie und Wettbewerb ausgestattet werden und bürokratische Hürden bei der Entwicklung privater Bildungsformen in Aus- und Weiterbildung unbedingt abgebaut werden, forderte Dr. Detlev Thormeyer, Vorsitzender der Landesfachkommission Kultur, Bildung und Medien sowie Geschäftsführender Gesellschafter der WGP Werkzeugbau. Im Bereich von Bildung und Forschung werde sich mit den Auswirkungen des demographischen Wandels vieles so stark verändern, dass als gesichert geltende Thesen in Frage gestellt werden müssen. Allein die Verringerung der Bevölkerung Ostdeutschlands in zehn Jahren um weitere 15 Prozent und die Halbierung der Abiturientenzahlen in Sachsen-Anhalt bis 2014 habe dramatische Konsequenzen. Es gelte alles daran zu setzen, Abiturienten für das Studium zu begeistern und anschließend in der Region zu halten. „Außerdem müssen wir uns um jeden Real- und Hauptschüler bemühen“, sagte Thormeyer. Darauf seien bisher weder Kammern und Berufsschulen noch andere Bildungseinrichtungen wirklich vorbereitet.

„Wir brauchen einen Anreiz zu Forschung und Entwicklung in unserer täglichen Arbeit“, sagte Prof. Dr. Hermann Kühnle, Geschäftsführender Institutsleiter der Otto-von Guericke-Universität Magdeburg. Der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Forschung und Entwicklung müsse verbessert werden, damit sie Innovationen vorantreiben können. Die Kosten dafür selbst zu forschen seien für diese Unternehmen einfach zu hoch. Dazu empfehle sich die Bildung von Netzwerken und Clustern vor Ort. Diesen Prozess müssten die jeweiligen Landesregierungen aktiv unterstützen.

„Angesichts der demographischen Entwicklung muss an Universitäten und Fachhochschulen frühzeitig der Nachwuchs für die akademische Ausbildung herausgefiltert werden“, sagte Prof. Marezki, Hochschule Magdeburg-Stendal. Die Qualität der Fach- und Hochschulausbildung in Mitteldeutschland sei ein entscheidender Standortvorteil. Dadurch kämen Studenten aus ganz Deutschland in die Region.

„Wir brauchen eine mitteldeutsche Gesamtstrategie, wenn 2013 die EU-Förderungen wegfallen“, forderte Klaus Wurpts, Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH. Hochschulen müssten sich stärker spezialisieren und Wettbewerbsvorteile herausarbeiten. Das könne jedoch auch zum Beispiel der Verzicht auf die Einführung von Studiengebühren sein. Es gebe in der Region viele junge Unternehmen, die innovative Produkte entwickelten, denen aber oft die notwendigen Marketing-Strategien fehlten. Deshalb müsse mehr in die Weiterbildung der Mitarbeiter investiert und die Angebote vergrößert werden.

### **Podium III: Globalisierung – Chancen für die mitteldeutsche Wirtschaft**

Unter der Moderation von Bernd Hilder, Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, diskutierten Dr. Michael Mertin, Vorsitzender der Vorstandes der Jenoptik AG; Dr. Andreas Gutsch, Geschäftsführer der Li-Tec Vermögensverwaltung-GmbH; Michael Kretschmar MdB, Mitglied des Ausschusses des Deutschen Bundestages für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung; Prof. Dr. Hans J. Naumann, Geschäftsführender Gesellschafter, NILES-SIMMONS Industrieanlagen GmbH; Dr. Joachim Ragnitz, Stellvertretender Geschäftsführer ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. , Niederlassung Dresden; André Lippka, Consultant der IBM Global Business Services.

„Die Globalisierung wird sich fortsetzen – ob in oder nach der Wirtschaftskrise“, sagte Dr. Michael Mertin, Vorsitzender der Vorstandes der Jenoptik AG. Dadurch würden in Schwellenländern wie China oder Indien die Anforderungen an die Lebensbedingungen steigen. Dies böte Deutschland große Chancen, wenn es sich auf Wachstumsmärkte

konzentriere. Für die kleinen und mittleren Betriebe in Thüringen bedeute dies, dass sie sich entlang der Wertschöpfungsketten einer Branche zu Clustern zusammenschließen müssten. Nur mit der Bündelung von Kompetenzen und weltweiten Kooperationen könnten sie ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt steigern. Beispiel dafür stünde das Optik-Cluster in Jena. Ganz wesentlich seien gut ausgebildete Mitarbeiter. Angesichts der Krise, die vermutlich auch 2011 noch nicht ausgestanden sei, reiche es nicht nur gut zu sein.

„Entscheidend sei es den lokalen Markt zu kennen und Mitarbeiter an Bord zu holen, die auf diesem Job bereits Erfahrung gesammelt hätten“, so Dr. Andreas Gutsch, Geschäftsführer der Li-Tec Vermögensverwaltung-GmbH. Dazu müsse Geld für gutes Personal in die Hand genommen werden.

„Die Forschung ist wichtig für den internationalen Erfolg“, sagte Michael Kretschmar MdB, Mitglied des Ausschusses des Deutschen Bundestages für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Mitteldeutschland profitiere von gut ausgebildeten Menschen und der politechnischen Ausbildung in der ehemaligen DDR. Die Menschen im Osten seien veränderungsbereiter als im Westen, aber es gebe auch viele Probleme. Zum Beispiel fehlten gewisse Infrastrukturen und die Nähe zum Markt fehle.

„Wir müssen uns trotz der derzeitigen Wirtschaftskrise mit den Chancen auseinandersetzen, die in der Globalisierung liegen“, ist Prof. Dr. Hans J. Naumann, Geschäftsführender Gesellschafter, NILES-SIMMONS Industrieanlagen GmbH überzeugt. Diese Erfolge müssten jedoch hart erarbeitet werden. Dazu sei es notwendig, Wachstumsmärkte zu frühzeitig zu erkennen, Kontaktbesuche zu vereinbaren oder Know-how zu transferieren.

„Achtzig Prozent der Nachfrage resultiert aus dem Export“, so Dr. Joachim Ragnitz, Stellvertretender Geschäftsführer des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung e.V., Niederlassung Dresden. Die beziehe sich nicht nur auf Spitzentechnologie. Insbesondere kleine Mittelständler bräuchten mehr Mut auf neue Märkte zuzugehen. Aber auch mehr Offenheit gegenüber Investoren aus dem Ausland. Dies gelte auch für die Politik.

„Eine Studie aus unserem Hause zeigt die wichtigsten Erfolgsfaktoren von Unternehmen in der Globalisierung auf“, sagte André Lippka, Consultant der IBM Global Business Services. Dazu zähle, ob sich die Betriebe ausreichend auf eine Welle von Veränderungen vorbereitet hätten, die Fokussierung auf Veränderungen, Innovationskraft, soziales Engagement und Schnelligkeit.

### **Politik für den Aufschwung – Überfordern wir die öffentlichen Haushalte?**

**Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen**

Die Soziale Marktwirtschaft schreibt dem Staat eine klare Rolle zu: den Ordnungsrahmen. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben sich einen starken Staat gewünscht, gekennzeichnet etwa durch ein starkes Wettbewerbs- und Kartellrecht. Die derzeitige Krise hat jedoch aufgedeckt: Der Staat hat seine Lenkungsfunktion nicht richtig wahrgenommen, hat kontroll- und rechtsfreie Räume zugelassen und selbst Fehler betrieben z.B. bei den Haftungspflichten. Das Recht auf Eigentum muss Haftung nach sich ziehen. Die Banken haben aber fast ohne Eigenkapital Geschäfte gemacht.

In Deutschland fehlt die gesamtwirtschaftliche Steuerung. Die ganzheitliche Betrachtung der Wirtschaft ist Aufgabe der Politik. Wir brauchen mehr Konstanz in der Wirtschaftspolitik, damit Unternehmen investieren, insbesondere für langfristige Investitionen, die sich erst nach 15 bis 20 Jahren amortisieren. Zur Konstanz der Wirtschaftspolitik gehöre auch eine gewisse Zurückhaltung bei konjunkturpolitischen Maßnahmen. Konjunkturpakete sollten in die Gesamtpolitik eingebunden und in erster Linie ordnungspolitisch sein.